

Ä7 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)

## Änderungsantrag zu D2

Die hohe Zustimmung zur gesichert rechtsextremen AfD in Sachsen und deren Verstrickungen in antidemokratische Netzwerke wie den "Sächsische Separatisten" zeigen: die Angst vor Wohlstandsverlust ist eines der Bestandteile gesellschaftlicher Spaltung und Radikalisierung. Besonders in Regionen mit unzureichenden grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und mangelnder Zukunftsperspektive finden rechtsextremen Erzählungen fruchtbaren Boden.

Als BÜNDNISGRÜNE Sachsen kennen wir die enge Verknüpfung zwischen sozialem Zusammenhalt und der Verteidigung demokratischer Werte. Als Teil der Gesellschaft in Sachsen ist es auch unsere Aufgabe, diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen, sowohl mit konkreten Maßnahmen als auch durch den gesellschaftlichen Dialog.

Die Landesversammlung möge beschließen:

1. Die Durchführung eines Grünen Tages „Sozialer Zusammenhalt und Wohlstandssicherung“ Ende 2025 oder Anfang 2026.
2. Die Erarbeitung eines Konzeptes zur Veranstaltung in Abstimmung mit den Kreisverbänden und relevanten Expert\*innen.
3. Die Entwicklung konkreter politischer Forderungen basierend auf den Ergebnissen der Veranstaltung, die im Nachgang an die Veranstaltung auf Landesebene eingebracht werden sollen.
4. Der Landesvorstand soll prüfen, ob weitere ostdeutsche Landesverbände daran partizipieren können und wollen.

Für eine gerechte, demokratische und antifaschistische Zukunft – Gemeinsam gestalten wir den Wandel!

Wir setzen uns dafür ein, Angst vor Wohlstandsverlust als zentrale Herausforderung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt anzugehen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein Grüner Tag „Sozialer Zusammenhalt und Wohlstandssicherung“ veranstaltet werden.

Ziele der Veranstaltung sollen sein:

1. Die Ursachen und Auswirkungen der Angst vor Wohlstandsverlust beleuchten.
2. Lösungsansätze diskutieren, die soziale Gerechtigkeit fördern.
3. Die Rolle rechtsextremer Narrative und ihre Verbindung zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen thematisieren.
4. Die Beteiligung von Expert\*innen fördern, um gemeinsam konkrete Schritte zu entwickeln.
5. Deutlich machen, dass aktuelle und auch künftig notwendige gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere Zuwanderung oder Klimaanpassungsmaßnahmen den Wohlstand nicht gefährden, sondern vielmehr die Grundlage sind, diesen zu erhalten.
6. Veröffentlichung der Ergebnisse des Grünen Tages in Form eines Leitantrages mit politischen Handlungsempfehlungen

## Begründung

Sozialer Zusammenhalt ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Gesellschaftliche Spaltung und Radikalisierung entstehen dort, wo Menschen das Gefühl haben, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Die Bekämpfung der Angst vor Wohlstandsverlust ist daher nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein demokratiepolitisches Ziel.

Ein „Grüne Tag“ bietet für uns die Möglichkeit, eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen und konkrete Ansätze zu entwickeln, wie wir soziale Gerechtigkeit stärken und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegentreten können. Als Bündnispartei wollen wir so demokratische und progressive Kräfte vereinen und mit ihnen gemeinsam Wege in die Zukunft gestalten. Unser Anspruch ist das Miteinander. Diesem Anspruch wollen wir durch diesen Antrag, aber auch im alltäglichen Leben gerecht werden.

Nur durch gezielte Maßnahmen können wir eine starke, gerechte und demokratische Gesellschaft aufbauen, die Extremismus den Boden entzieht.

Daraus abgeleitete Kernforderungen und Maßnahmen könnten bspw. sein:

- Zusammenhang von Abstiegsangst und politischer Radikalisierung ausarbeiten
- Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- Bildung als Schlüssel zur Prävention von Extremismus
- Erhöhung von Ausbildungsvergütungen und Ausbau von Weiterbildungsprogrammen.
- Aufbau eines Netzwerks von Akteur\*innen, die an langfristigen Lösungen arbeiten.
- Einführung und Förderung von Demokratiebildung in Schulen und Jugendeinrichtungen.
- Möglichkeiten der Stärkung von ländlichen Räumen
- Ausbau sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum (ÖPNV, Internet, Schulen, Jugendzentren)
- Förderung (besser: Schaffung - nicht das fördern von für 20 Jahre Mietpreisgebundenen Wohnungen sondern kommunale und/oder genossenschaftliche Wohnungsunternehmen müssen deutlich mehr Wohnraum schaffen und dies (leider) primär in den Ballungsräumen) bezahlbaren Wohnraums und Einführung einer wirkungsvollen Mietpreisbremse (Entwicklung von Lösungen, die uns weg von der Orientierung am Mietspiegel führen, die leider ein sich selbst befeuernder Kreislauf ist).
- Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen durch nachhaltige Investitionen der öffentlichen Hand
- Kooperation mit anderen Landesverbänden und dem Bundesverband, um eine bundesweite Diskussion anzustoßen
- Begleitende Kampagnen, um die Themen soziale Gerechtigkeit und Demokratie stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken

Finanzierung und Organisation:

Die Finanzierung des Grünen Tages soll durch den Landesverband erfolgen, mit der Möglichkeit, Drittmittel (z. B. Fördergelder für Demokratieprojekte) einzuwerben. Die Organisation erfolgt in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle, den Kreisverbänden sowie externen Partner\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

## Unterstützer\*innen

Katharina Krefft (KV Leipzig); Petra Čagalj Sejdi (KV Leipzig); Stanislav Elinson (KV Leipzig)